

16. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Frauen

41. Sitzung
16. März 2009

Beginn: 14.00 Uhr
Ende: 16.28 Uhr
Vorsitz: Dr. Frank Steffel (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Geschäftliches siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Volker Thiel (FDP) fragt, wann mit der Vorlage des überarbeiteten Vergabegesetzes zu rechnen sei.

Staatssekretär Dr. Jens-Peter Heuer (SenWiTechFrau) geht davon aus, dass die Vorlage noch im März schlussgezeichnet und dann ihren Weg in das Parlament nehmen werde.

Frank Jahnke (SPD) spricht an, dass die ITB von den Besucherzahlen her recht erfolgreich gewesen sein solle. Könne etwas über die wirtschaftlichen Effekte – Buchungen, Abschlüsse etc. – berichtet werden?

Staatssekretär Dr. Jens-Peter Heuer (SenWiTechFrau) erklärt, dass darüber zusammenfassend noch nichts zu berichten sei. Hotellerieunternehmen hätten von einem ausgesprochen positiven Verlauf des Fachbesucherteils gesprochen. Die Präsentation des Landes Berlin und seiner Bezirke habe in diesem Jahr eine neue Qualität erreicht; es habe einen Gemeinschaftsstand gegeben. Die ITB sei auch 2009 eine Erfolgsgeschichte.

Stefan Liebich (Linksfraktion) erkundigt sich nach dem aktuellen Stand hinsichtlich des im Rahmen der Neuordnung der Wirtschaftsförderung angedachten Unternehmensservice.

Staatssekretär Dr. Jens-Peter Heuer (SenWiTechFrau) berichtet, der Senat habe sich am letzten Dienstag mit einem Sachstandsbericht zur Neuordnung der Wirtschaftsförderung im Bereich des Unternehmensservice befasst und die eingeleiteten Schritte zustimmend zur Kenntnis genommen. Dies betreffe die Neusortierung des Serviceportfolios, die Einrichtung eines Key-Account-Managements bei Berlin Partner, die Stärkung der bezirklichen Wirtschaftsförderung und die Einrichtung eines Controllingsystems. Gegenwärtig werde eine Senatsvorlage vorbereitet, die dann auch den Gang durch den RdB nehmen werde.

Michael Dietmann (CDU) äußert, der Senator habe in der letzten Woche in einer Presseerklärung gefordert, alle Banken in Deutschland zu verstaatlichen. Er frage, ob es sich um eine abgestimmte Meinung des Senats handele und wie sich der Senator, der als seriöser Politiker gelten wolle, die Finanzierung vorstelle.

Bürgermeister Harald Wolf (SenWiTechFrau) erwidert, als seriöser Politiker müsse man sich eher die Frage nach der Finanzierung stellen, wenn man dies nicht tue. Im Moment gebe es eine Vielzahl von Banken, die bei Anlegung normaler ordnungspolitischer Maßstäbe geschlossen werden müssten, was aus systemischen Gründen angesichts der Folgeschäden nicht verantwortbar sei. Die Bundesregierung versuche über SoFFin, an einzelnen Punkten nachzubessern, und schieße Geld zu. Die Absurdität werde deutlich, wenn man sich die Commerzbank ansehe, die einen Börsenwert von ca. 3 Mrd. Euro habe und mit 18 Mrd. Euro aus Steuermitteln wieder handlungsfähig gemacht werde. Der Bund erhalte für die 18 Mrd. Euro Anteile von 25 Prozent und erkläre gleichzeitig, dass er auf die Geschäftspolitik keinen Einfluss nehmen werde. An einem Sanierungserfolg werde die öffentliche Hand nur zu 25 Prozent partizipieren. Demgegenüber habe das Land Berlin am Sanierungserfolg der LBB zu 100 Prozent partizipiert. Finanzpolitisch sei die Fragestellung nicht, wie die Übernahme der systemisch relevanten Banken durch den Staat finanziert werde, sondern eher, wie die permanente Sozialisierung der Verluste finanziert werde, ohne von den positiven Assets profitieren zu können. Das generelle Problem sei, dass der Interbankenhandel nach wie vor nicht funktioniere, sich die Banken kurzfristig über Zentralbankgeld finanzierten, was eine Laufzeit von maximal drei Jahren habe. Damit kämen größere langfristige Finanzierungen und Konsortialfinanzierungen nicht mehr oder nur sehr schwer zustande. Dies werde in diesem Jahr erhebliche Auswirkungen auf die Realwirtschaft haben, z. B. bei Anschlussfinanzierungen von Unternehmen. Die Banken seien gleichzeitig durch hohe Wertberichtigungen gezwungen, ihre Geschäftsaktivitäten zu reduzieren, wenn es keinen Kapitalnachschuss gebe. Dieser könne nach Lage der Dinge nur durch die öffentliche Hand erfolgen. Wenn die öffentliche Hand den Bankensektor in großem Umfang stabilisiere, müsse sie nach seiner Auffassung damit auch Eigentumsrechte erwerben.

Michael Dietmann (CDU) vertritt die Auffassung, dass die Antwort nicht angemessen sei. Er frage nach, ob der Senator nur die besondere Situation der Commerzbank im Blick habe oder ernsthaft das gesamte deutsche Bankensystem verstaatlichen wolle, was eine andere Dimension und Bedeutung hätte. Im Übrigen interessiere ihn, woher der Senator seine Erkenntnisse habe.

Bürgermeister Harald Wolf (SenWiTechFrau) stellt klar, er habe nicht von der Verstaatlichung der Sparkasse und des Genossenschaftssektors gesprochen, sondern sich auf die systemisch relevanten Banken bezogen, die nicht funktionierten, mit der Zielsetzung, das Kreditwesen wieder in Gang zu bringen. Die derzeitige weltweite Diskussion zeige, dass er damit „nicht so neben der Spur liege“. Die Dramatik der Situation werde weltweit durchaus erkannt.

Elisabeth Paus (Grüne) bezieht sich auf die Cross-Border-Leasing-Geschäfte der Messe und BVG. Nach der Verschlechterung der Situation bei AIG frage sie, mit welchen Risiken zu rechnen sei, wenn AIG ausfalle.

Bürgermeister Harald Wolf (SenWiTechFrau) teilt mit, dass er eine Summe nicht nennen könne. Nach seinem Kenntnisstand trete der Ernstfall ein, wenn AIG im Rating unter BBB+ falle. Bei der BVG habe sich gezeigt, dass CDOs keine wirkliche Absicherung des Risikos darstellten. Die BVG klage gegen die Investmentbank, über die das Geschäft und die Beratung gelaufen seien, weil – so der Vorwurf der BVG – falsche Aussagen zur Sicherheit dieses Instruments gemacht worden seien. Es treffe wohl nicht zu, dass eine Zahlung erst fällig werde, wenn alle ausfielen. Die Klage sei bei einem Gericht in London anhängig.

Elisabeth Paus (Grüne) fragt nach der Situation bei den Messehallen und nach den Konsequenzen für den Landeshaushalt.

Bürgermeister Harald Wolf (SenWiTechFrau) antwortet, nach dem morgigen Gespräch mit der Geschäftsführung der Messe werde er dazu Näheres sagen können. Er stelle eine schriftliche Information nach diesem Gespräch in Aussicht.

Die Aktuelle Viertelstunde ist beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0231](#)
Angebots- und Nachfragesituation in den verschiedenen Branchen der Berliner
Wirtschaft und volkswirtschaftliche Wirkung der vom Senat geplanten
Maßnahmen zur Umsetzung der Konjunkturpakete I und II der Bundesregierung
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Vorlage – zur Kenntnisnahme – [0085](#)
Förderleistung 2007 der Investitionsbank Berlin (IBB)
Drs 16/0415
(auf Antrag der Fraktion der SPD)
- b) Antrag der Fraktion der Grünen [0087](#)
Die Investitionsbank Berlin (IBB) neu aufstellen I –
Höhere Förderleistungen durch mehr Kundennähe!
Drs 16/0493
- c) Antrag der Fraktion der Grünen [0088](#)
Die Investitionsbank Berlin (IBB) neu aufstellen II – Höhere Effizienz der
Förderleistungen durch wirksames Fördercontrolling und Evaluierungen!
Drs 16/0494
- d) Vorlage – zur Kenntnisnahme – [0150](#)
Erweiterung des Förderangebots durch die Investitionsbank Berlin (IBB)
Drs 16/1035
(auf Antrag der Fraktion der Grünen)
- e) Vorlage – zur Kenntnisnahme – [0169](#)
Die Durchführung von Förderprogrammen durch die Investitionsbank Berlin (IBB):
Erweiterung des KMU-Fonds (Darlehensfonds für kleine und mittlere Unternehmen)
Drs 16/1275
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der Grünen)
- f) Vorlage – zur Kenntnisnahme – [0171](#)
Förderleistung 2008 der Investitionsbank Berlin (IBB)
Drs 16/1281
(auf Antrag der Fraktion der Grünen)
- g) Antrag der Fraktion der SPD und der Linksfraktion [0235](#)
Aufstellung der Investitionsbank Berlin als Förder- und Strukturbank
für den Berliner Mittelstand
Drs 16/2184

Elisabeth Paus (Grüne) beantragt, TOP 3 aus Zeitgründen zu vertagen.

Frank Jahnke (SPD) stellt den Antrag, nur TOP 3 a) und f) zu vertagen. Der Ausschuss solle über die Vorlagen in vertraulicher Sitzung beraten, wenn die Einzelheiten übermittelt seien.

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig, TOP 3 a) und f) zu vertagen, sowie mehrheitlich, TOP 3 b), c), d), e) und g) nicht zu vertagen.

Elisabeth Paus (Grüne) unterstreicht, die Anträge ihrer Fraktion seien nach wie vor aktuell und eine sinnvolle Ergänzung und Basis für den Koalitionsantrag; der Berichtstermin solle jeweils in „31. August 2009“ geändert werden. Hintergrund sei die Ausgründung der IBB 2004 und die Aufstellung als Förderbank. Es sei

an der Zeit, Rechenschaft abzulegen, wie gut diese Institution arbeite und ob sie den erhofften volkswirtschaftlichen Nutzen bringe. Von einem Gesamtvolumen von knapp 1,4 Mrd. Euro 2005-2008 seien lediglich 368 Mio. Euro in die Kompetenzfelder geflossen. Dies liege deutlich unter den 80 bis 85 Prozent, von denen SenWiTechFrau spreche. Der überwiegende Teil der Förderung sei in Globaldarlehen in anderen Bereichen geflossen. Angesichts der Zielstellung, v. a. die Kompetenzfelder zu fördern, konstatiere sie ein Versagen „auf der ganzen Linie“. Es möge sein, dass die IBB inzwischen ein verlässlicher Partner für große Unternehmen sei. Nach wie vor beklagten aber kleine und mittelständische Unternehmen, die über 90 Prozent der Berliner Wirtschaft ausmachten, dass die Kundenorientierung unzureichend sei. Auch das Zusammenspiel mit den Geschäftsbanken und die Integration von KfW- und EU-Programmen seien noch verbesserungswürdig. Ihre Fraktion plädiere für Anlaufstellen in den Kiezen, nicht nur – wie im Koalitionsantrag – für Absprachen mit den bezirklichen Wirtschaftsfördereinrichtungen. Die Politik könne einen Impuls für eine bessere Beratungsqualität durch bessere Mitarbeiterschulungen geben. Die Programme der IBB seien noch nicht so gestaltet, dass die Geschäftsbanken sie gerne weiterreichten; hier gebe es Verbesserungsbedarf. Die IBB betrachte unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten, ob die Förderprogramme profitabel seien. Die Koalitionsfraktionen wollten die Effizienz der IBB nur mit Blick auf den Haushalt verbessern. Ihrer Fraktion gehe es darüber hinaus um den Einsatz der Fördergelder in Bezug auf Investitionen, Beschäftigung und Aktivierung zusätzlicher Mittel, also um den volkswirtschaftlichen Effekt. Ziel müsse sein, mit knappen Mitteln möglichst viel Wirtschaft zu sichern und zu schaffen. Ihre Fraktion fordere die Einführung von Planzielstellungen, die Entwicklung von Kennziffern, die Weiterentwicklung des Ampelcontrollings zu einem richtigen Controlling und externe Evaluierung. Selbstevaluation habe immer den Ruch, nicht objektiv zu sein.

Michael Dietmann (CDU) hebt hervor, die drei Anträge zeigten deutlich Defizite im Hinblick auf eine klare Strukturierung und Ausrichtung der IBB auf. Es gebe ein Sammelsurium von Fragen – von der Künstlerfinanzierung über Mikrokredite und Fortbildungsmaßnahmen für Mitarbeiter bis zur Frage, ob Überschüsse in der IBB belassen werden sollten. Bis heute fehlten eine klare Linie und eine langfristige Perspektive für die IBB. Vom Senator interessiere ihn, was aus seiner vorhin geäußerten Einschätzung, dass die Kreditvergabe durch die Hausbanken in der aktuellen Krise problematischer werde, für das Instrumentarium IBB folge. Die Antwort könne nicht nur die Anhebung der Grenze bei Mikrokrediten auf 25 000 Euro sein. Er kritisiere, dass die Koalitionsfraktionen einen Prüfauftrag erteilten, der ihre Hilflosigkeit dokumentiere, statt ein kraftvolles Zeichen auszusenden, wohin sie die IBB entwickeln wollten. Unklar bleibe, was der Absatz

Geprüft werden soll, ob ab 2009 ggfs. Überschüsse der IBB an den Landeshaushalt abgeführt werden können. Dabei ist zu berücksichtigen, dass eine Thesaurierung der Überschüsse dazu beiträgt, die IBB in ihrer Leistungskraft zu stärken.

bedeuten solle und welchen Standpunkt die Koalitionsfraktionen verträten, die offenbar noch unter dem Eindruck der Vorgehensweise des Finanzsenators stünden, der der IBB Kapital entzogen und damit letztlich ihre Möglichkeiten eingeschränkt habe. Seine Fraktion habe ihre Position immer wieder deutlich gemacht, auch zur Aufstellung der Förderinstitutionen im Land Berlin. Der Koalitionsantrag sei unproblematisch, helfe aber nicht weiter; es werde abermals Zeit verschwendet. Die Koalition sei nicht in der Lage, ein klares Konzept zu entwickeln. Die Fragen der Grünen führten in die richtige Richtung im Sinne von Transparenz und Wirksamkeit; seine Fraktion werde ihren Anträgen zustimmen.

Frank Jahnke (SPD) führt aus, fünf Jahre nach Ausgründung der IBB könne ein Resümee gezogen werden. Die Zahlen seien überaus erfreulich. Die IBB habe sich insbesondere in den letzten zwei Jahren sehr gut entwickelt, auch vom Kerngeschäft her. In bestimmten Bereichen gebe es noch Verbesserungsbedarf; die Koalitionsfraktionen benannten konkrete Punkte, die weiterentwickelt werden sollten, und Förderprogramme, bei denen Schwerpunkte stärker gesetzt werden sollten. Der Abschied von der alten Wohnungsbaukreditanstalt solle vollständig und transparent vollzogen werden. Unter der Überschrift „Risikobegrenzung und Effizienzsteigerung“ enthalte der Antrag Ausführungen zur künftigen Finanzierung der IBB. Im Vergleich zu anderen deutschen Förderbanken sei die IBB sehr gut durch die momentane Krise gekommen. Ein Beitrag zum Hypo-Real-Estate-Engagement habe sich nicht vermeiden lassen. Ansonsten gebe es bei der IBB „keine Leichen im Keller“. Die Oppositionsredner täten so, als sei der zitierte Prüfauftrag das Hauptanliegen des Antrags. Deshalb stelle er klar: Die Koalitionsfraktionen sähen die IBB in erster Linie als Wirtschaftsförderbank; erst wenn alles an Wirtschaftsförderung geleistet sei, solle ggf. eine Ausschüttung von Überschüssen an den Landeshaushalt erfolgen. – Er beantrage als neuen Berichtstermin den 30. Juni 2009.

Staatssekretär Dr. Jens-Peter Heuer (SenWiTechFrau) stellt klar, dass in der jetzigen Situation sehr wohl konkrete Maßnahmen zur Neuprofilierung mit den Verantwortlichen der IBB diskutiert würden. Er nenne fünf Punkte: 1. Eine Öffnung der großen, bisher v. a. investitionsorientierten Programme werde vorbereitet. Dabei gehe es um eine Ausweitung auf Betriebsmitteldarlehen. 2. Die Ausweitung der Globaldarlehen werde vorbereitet. Im Unterschied zu 2008 gebe es jetzt eine Nachfrage der Hausbanken, die dies „auch zur Stärkung ihres Eigenkapitalbedarfs sähen“. 3. SenWiTechFrau bereite eine Erweiterung im Wirtschaftsbereich vor. Darüber sei heute bereits berichtet worden. 4. Er nenne die ebenfalls schon angesprochene Übertragung der vereinfachten Verfahrensweisen im Bereich der Mikrodarlehen von 10 000 bis auf 25 000 Euro. Die Ausweitung im KMU-Programm sei bereits vollzogen. 5. Die Einrichtung eines EFRE-Bürgschaftsfonds werde diskutiert. – Diese Maßnahmen sollten die Möglichkeiten der IBB im Interesse des Landes und zugunsten der kleinen und mittelständischen Unternehmen weiter stärken.

Elisabeth Paus (Grüne) fragt, wann der Senat das Parlament über die Änderungen informieren werde. Sie verweise auf die Berichtspflicht nach dem IBB-Gesetz. Dass die Koalitionsfraktionen die Anträge der Grünen zwei Jahre lang nicht auf die Tagesordnung gesetzt hätten und nun in einer Viertelstunde abhandeln wollten, sei unwürdig; Abg. Dietmann habe deutlich gemacht, um was für eine „Baustelle“ es hier gehe. Der Koalitionsantrag enthalte wenig Konkretes und spreche lediglich an, was gerade irgendwie diskutiert werde, bspw. solle auch die Bildung eines Stadtentwicklungsfonds geprüft werden. Dabei gehe es darum, ob die IBB die restlichen EFRE-Mittel für einen Fonds mit einer Dimension von 500 Mio. Euro erhalte. Dies wäre eine relevante strategische Entscheidung, wie in Berlin Wirtschaftspolitik gemacht werden solle. Sie kritisiere, dass darüber überhaupt nicht beraten werde. Nicht nur der zitierte Prüfauftrag, sondern alle Punkte unter der Überschrift „Risikobegrenzung und Effizienzsteigerung“ bezögen sich allein auf haushälterische Effizienz. So gehe es beim Venture-Capital nur um die Risikobegrenzung für das Land, was grundsätzlich richtig sei, aber unter Wirtschaftsförderaspekten nicht ausreiche. Mithilfe des Facility-Managements solle Geld für den Haushalt lockergemacht werden. Einziges Kriterium für die Qualifizierung der Förderprogramme sei im Koalitionsantrag, dass die Förderangebote aus Sicht der Kundinnen und Kunden transparent und eindeutig voneinander abgegrenzt sein müssten. Ihre Fraktion habe weitere aufgelistet. Die IBB habe im Übrigen klar abgegrenzte Programme wieder gebündelt, weil die Förderangebote zu unübersichtlich gewesen seien. Insofern sei der Koalitionsantrag missverständlich. Unklar sei auch, ob in dem Absatz

Die Vergabe von Mikro- sowie KMU-Krediten für kleine bzw. Kleinstunternehmen wird unter geringem organisatorischem Aufwand weiterhin für diese Unternehmen zügig entschieden und umgesetzt.

der Aufwand der Unternehmen oder der Aufwand der IBB gemeint sei. Letzteres unterstützte die IBB-Position in falscher Weise. Inwieweit werde das jetzige Prozedere auf die 25 000 Euro ausgeweitet, oder werde es eine neue Bürokratisierung des Programms geben? – Lt. Koalitionsantrag sollten sich die Förderprogramme auf die Kompetenzfelder und auf den Bestand konzentrieren. Sie frage, ob gewollt sei, dass sich die IBB aus der Förderung von Gründungen und Neuansiedlungen zurückziehe. – Ihre Fraktion werde den Antrag der Koalitionsfraktionen ablehnen.

Michael Dietmann (CDU) begrüßt die beabsichtigte Verlagerung von Investitionsförderungen zu Betriebsmitteldarlehen. Damit solle in der jetzigen Krise offenbar mehr Kreditnachfrage erreicht werden. Gleiches gelte für die Anhebung der Mikrodarlehensgrenze. Wenn die IBB mehr Kredite ausbebe, müsse ihre Kapitaldecke künftig eher gestärkt werden, sodass sich der Prüfauftrag der Koalitionsfraktionen eigentlich erübrige. Er bitte den Staatssekretär um Stellungnahme. Nach seiner Einschätzung sei das Instrumentarium der IBB in der Öffentlichkeit noch zu wenig bekannt. Wie könne es – gerade in dieser Phase – stärker herausgestellt werden? Das Hausbankprinzip sei im Grundsatz okay; wenn Unternehmen dort nicht weiterkämen oder Zinssätze einfach erhöht würden, dann stelle sich aber die Frage, ob die IBB stärker als Hausbankersatz einspringen könne. Denke SenWiTechFrau darüber nach, die IBB klarer in dieser Hinsicht zu positionieren?

Staatssekretär Dr. Jens-Peter Heuer (SenWiTechFrau) versichert, wenn die Änderungen von Programmen bzw. Produkten beschlossen seien, werde das Parlament eine Mitteilung – zur Kenntnisnahme – erhalten. Zur Ausweitung der Mikrodarlehen: Nach langjähriger Kenntnis der Berliner Verwaltung würde er nicht ausschließen, dass es Versuche geben könnte, das Verfahren bürokratischer als notwendig zu gestalten. SenWiTechFrau und IBB bemühten sich darum, neue bürokratische Hürden nicht aufkommen zu lassen. Er teile die Wahrnehmung des Abg. Dietmann, dass die öffentliche Darstellung der Leistungen und der Möglichkeiten der IBB noch nicht hinreichend sei. Mit einer konzertierten Aktion des Landes, der Kammern und der IBB

solle dies noch in dieser Woche deutlicher in den Vordergrund gestellt werden. Auf den Internetseiten der beteiligten Partner würden die jeweiligen Angebote verlinkt. Durch die Marketingmaßnahmen der IBB sei, wie er glaube, die öffentliche Wahrnehmung schon deutlich verstärkt worden.

Der **Ausschuss** beschließt jeweils mehrheitlich, die Ablehnung der Anträge unter b) und c) sowie die Annahme des Antrags unter g) mit geändertem Berichtstermin zu empfehlen. Die Besprechungen zu d) und e) werden abgeschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Geschäftliches siehe Beschlussprotokoll.